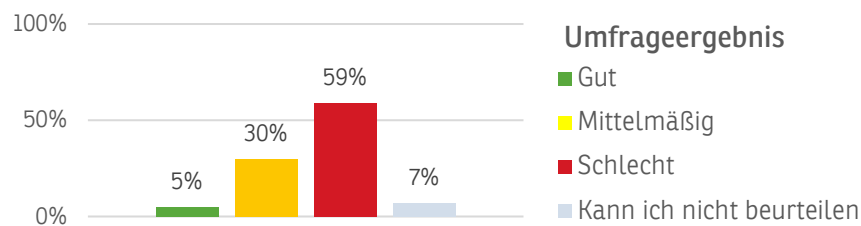




# Investorenfreundlichkeit

*Der Senat fremdelt mit der privaten Wirtschaft. Für Unternehmen scheint das Berliner Image der Freiheit immer weniger zu gelten.*



## Wie ist die Lage?

- 40.000 neue Berliner/innen jährlich sprechen für die Attraktivität Berlins. Doch der Senat verspielt diese Anziehungskraft zusehends. Denn Wachstum und Wohlstand können nur gesichert werden, wenn Menschen und Investoren Vertrauen in den Standort haben.
- Dafür braucht die Stadt vor allem eine Willkommenskultur für Investitionen in Gewerbe und in Wohnungen. Die Wirtschaft aber zweifelt am Vertrauen der Politik in die Soziale Marktwirtschaft.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Staatliche Markteingriffe haben Hochkonjunktur. Es etabliert sich eine populistische Abwehrhaltung gegen Investoren bzw. private Unternehmen (Google, Checkpoint Charlie).
- Verstaatlichung, Wohnungsrückkauf, Milieuschutz oder zuletzt Mietdeckel: Der Senat verteilt Placebos und kapituliert vor den Problemen, anstatt sie mit der Wirtschaft als Partner zu lösen.
- Warum braucht es eigentlich Moodys, um die Folgen dieser Politik zu erkennen? Berlin ist keine Insel, und nachhaltige Politik funktioniert nicht gegen die Realitäten der Marktwirtschaft.
- Der Siemens-Innovationscampus oder Sony Music zeigen: Der Senat kann unternehmensnah, und zügig agieren. Doch was ist das strategische Investorenprogramm des Senats? Derartige Erfolge sind viel zu selten, um hier eine echte strategische Zielsetzung zu erkennen.

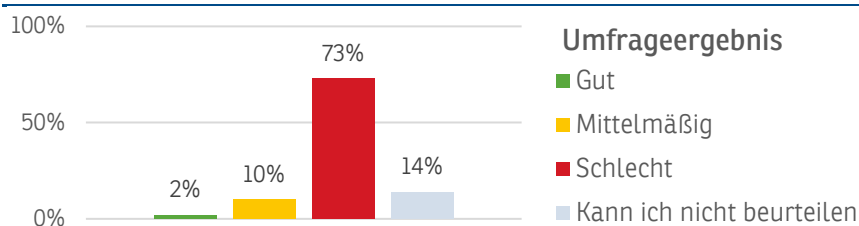
## Was ist jetzt zu tun?

- Der Senat muss sich klar zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft bekennen und von möglichen Enteignungen privater Unternehmen distanzieren.



# Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen

*Der Senat setzt auf Regulierung für Bestandsmieter, mit Mietpreisbremse, Milieuschutz oder Rekommunalisierung. Das schafft aber keinen zusätzlichen Wohnraum.*



## Wie ist die Lage?

- In Berlin wird die Knappheit an Wohnraum auch für die Unternehmen und deren Mitarbeiter zu einem der drängendsten Probleme. Die Unzufriedenheit mit der Situation zeigt sich mehr als deutlich an unseren Umfrageergebnissen. Das Wirtschaftswachstum kann sich nur fortsetzen, wenn ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht.
- Bis 2030 werden mindestens 200.000 neue Wohnungen benötigt. Der jährliche Bedarf liegt bei 20.000 neuen Wohnungen, errichtet werden jedoch aktuell nur knapp 16.000. Aktuell fehlen am Markt 80.000 Wohnungen, was zu steigenden Mieten und einem Klima der sozialen Verunsicherung führt.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Der Berliner Senat hat es nicht geschafft, durch gesetzliche und planerische Grundlagen ein verlässliches Neubauklima zu schaffen – gerade für private Wohnungsbauunternehmen. Es fehlen z.B.: Möglichkeiten zur Nachverdichtung (z.B. Dachgeschossausbauprogramme), die ausreichende Ausweisung neuer Wohngebiete und verstärkte nutzungsgemischte Angebote (z.B. Wohn- oder Gewerberaum über Supermärkten.)
- Immerhin wurde 2018 ein Handlungsprogramm zur Beschleunigung des Wohnungsbaus beschlossen. Enthalten sind Maßnahmen wie die Erweiterung der Bau- und Planungskapazitäten der Wohnungsbaugesellschaften oder die verstärkte Vergabe landeseigener Grundstücke an Genossenschaften.

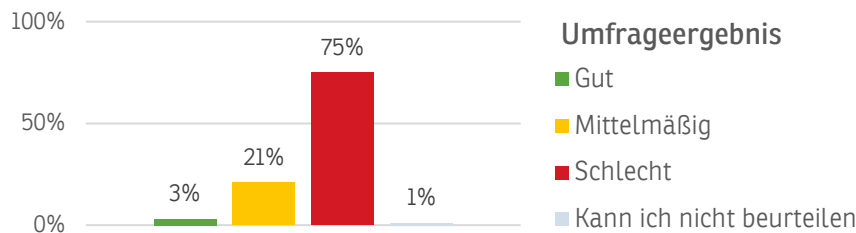
## Was ist jetzt zu tun?

- Personalaufstockung in allen planenden und genehmigenden Behörden sicherstellen.
- Konsequenter und zügiger Neubauquartiere realisieren.
- Prüfsachverständige für öffentliche Bauprojekte (Statik, Brandschutz) mit kurzen Kommunikationswegen / räumlicher Nähe zur Bauaufsicht (Schulen, Kitas etc.) wiedereinführen.
- Verpflichtende Beratung von Antragstellern für öffentliche Bauprojekte wiedereinführen.



# Verkehrspolitik

*Der Berliner Senat hat keine Strategie zur Weiterentwicklung des Berliner Verkehrssystems.*



## Wie ist die Lage?

- Für den Verkehr einer nachhaltig wachsenden Stadt braucht Berlin eine funktionierende, moderne Verkehrsinfrastruktur sowie eine gesamtheitliche verkehrspolitische Strategie.
- Berlin hat zwei Stauprobleme: in allen Verkehrsmitteln und bei der Sanierung und dem Ausbau der Infrastruktur.
- Die Kapazität des Nahverkehrs ist ausgereizt. Pendler können nicht mehr auf ÖPNV umsteigen. Immer schärfere Umwelt-Anforderungen schränken den Straßenverkehr zusätzlich ein.
- Während der Luftverkehr immer neue Rekordzahlen erreicht, ist die BER-Eröffnung weiterhin unsicher und der Ausbau macht neue Probleme. Zudem fehlt es an Langstreckenverbindungen.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Berliner sollen ihr Auto abschaffen, aber dafür mangelt es an Alternativen. Zwei zusätzliche Radstreifen und 15 bestellte E-Busse reichen nicht mal für den Anfang.
- Es fehlen ein neuer STEP Mobilität und Verkehr, eine aktuelle Verkehrsprognose, ein vollständiges Mobilitätsgesetz für den Wirtschaftsverkehr und neue Mobilitätsformen.
- Die chronisch überforderte Verkehrlenkungsbehörde VLB ist noch immer nicht neu aufgestellt. Straßenbaustellen dauern zu lange und werden unzuverlässig genehmigt und koordiniert.
- Verabredete Sofort-Maßnahmen zur Luftreinhaltung (z.B. Jobticket, Ampelkoordinierung, Verkehrsverflüssigung) werden nicht schnell genug umgesetzt, um Sperrungen zu verhindern.
- Das 28 Mrd. € große Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie der Landes-Fahrzeugpool für die S-Bahn sind richtige Entscheidungen.
- Mit der InfraVelo GmbH wurde ein Landesunternehmen mit ca. 30 Mitarbeitern geschaffen, das die Umplanung von Straßenräumen für die Bezirke übernimmt.

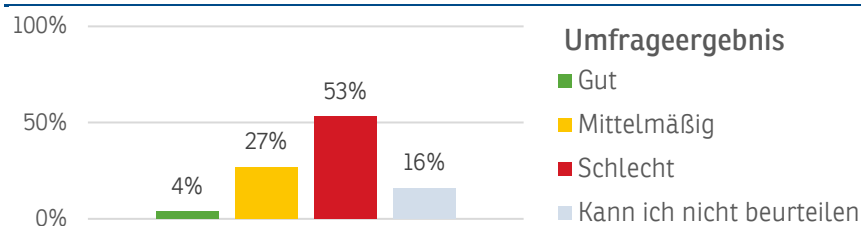
## Was ist jetzt zu tun?

- Ein Mobilitätsgesetz auf den Weg bringen, das den Wirtschaftsverkehr flüssig hält – durch Ausnahmeregelungen von Dieselfahrverboten, die Neuorganisation des Miteinanders von Rad- und Lieferverkehr und Kapazitätsausbau des ÖPNV (inkl. Neue U-Bahn-Strecken).



# Betriebliche Standortsicherung und Bereitstellung von Gewerbeflächen

*Die Zahl der Unternehmen steigt, bestehende Betriebe werden verdrängt und Flächen werden knapp. Und der Senat verschafft sich seit Jahren einen Überblick.*



## Wie ist die Lage?

- Qualifizierte Flächen werden knapp.
- Das Gewerbeflächenpotenzial (derzeit rund 300 ha) ist laut Senatsberechnungen etwa 2030 aufgebraucht (beim aktuellen Wachstum vielleicht schon früher).
- Nur an 2 Standorten können zusammenhängende Industrieflächen von mehr als 50 ha angeboten werden (im CleanTech Business Park Marzahn sowie am heutigen Flughafen Tegel)
- Innerstädtische Gewerbestandorte fallen an den Wohnungsbau bzw. werden umgenutzt
- Gewerbebetriebe werden durch heranrückende Wohnbebauung und Mietsteigerungen im Bestand bedroht.
- Auch hier führt der Angebotsmangel zu hohen Preisen und Verdrängung von Bestandsgewerbe (teils ins Brandenburger Umland).

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Berlin fehlt ein Gesamtkonzept zur Vermarktung und Entwicklung der Gewerbe- und Industrieflächen.
- Bislange fehlt Investoren und Bestandsunternehmen (aber auch Politik/Verwaltung) ein Überblick sowohl über verfügbare, als auch entwickelbare Flächen – lange ver- und besprochen aber noch immer nicht realisiert. Jetzt endlich soll Bewegung in die Sache kommen – auch mittels des von der Wirtschaft seit langem geforderten Gewerbeflächeninformationssystems (GEFIS)

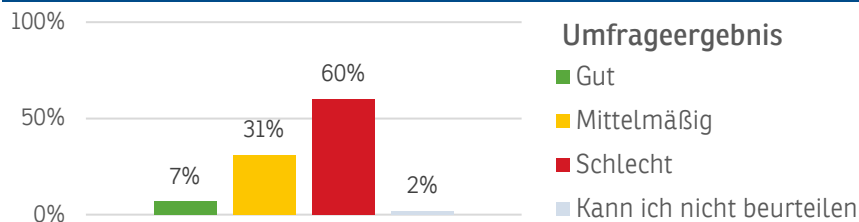
## Was ist jetzt zu tun?

- Berlin braucht ein Gesamtkonzept zur Sicherung und Entwicklung der Gewerbestruktur. Dazu gehört u.a. ein neues, schlüssiges Gewerbehofkonzept sowie die Fertigstellung des Gewerbeflächeninformationssystems (GEFIS).



# Sanierung öffentlicher Einrichtungen

*Nach Jahrzehnten des Sparens müssen die vorhandenen Finanzmittel endlich in Aufträge umgemünzt werden, doch die Umsetzung lässt auf sich warten. Die Sanierung öffentlicher Einrichtungen kommt nicht voran.*



## Wie ist die Lage?

- **Kitas und Spielplätze:** Abblätternde Wandfarbe oder renovierungsbedürftige Sanitäreinrichtungen in Kitas und Horten; jeder zweite Berliner Spielplatz ist sanierungsbedürftig, viele sind gesperrt.
- **Schulen:** Berliner Schulen haben einen Sanierungsbedarf von ca. 3,9 Milliarden Euro. Dabei ist klar: Gute Schulen sind die Grundlage für gute Bildung und bilden die Basis zur Ausbildung zukünftiger Fachkräfte.
- **Krankenhäuser:** Vivantes (größter kommunaler Klinikkonzern) und Charité (Europas größte Uni-Klinik): Beide ein echtes Pfund für die Hauptstadt. Doch auch hier droht der Notstand: Der Sanierungsstau der Berliner Krankenhäuser beträgt ca. 2,5 Milliarden Euro.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Das Problem ist erkannt. Geld ist „angespart“ und bereit gestellt : Das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) bietet die Möglichkeit, außerhalb des Regelhaushalts Investitionen anzuschieben. Inzwischen liegt das 5. SIWA-Paket auf dem Tisch – Volumen = 2,7 Milliarden Euro.
- Mit 5,5 Mrd. Euro ist das Schulsanierungs- und Schulneubauprogramm das größte Investitionsprogramm der Legislaturperiode
- Aber „Geld im Topf“ ist die eine Sache. Bislang werden die SIWA-Mittel nur schleppend verausgabt.

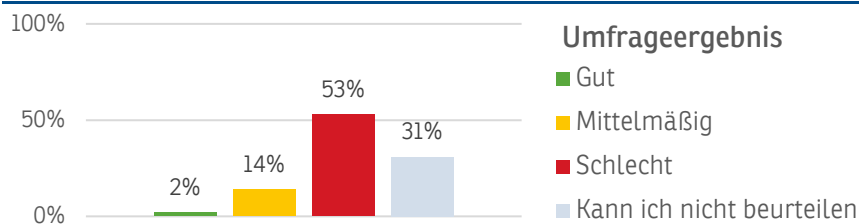
## Was ist jetzt zu tun?

- Konsequente Zustandserhebung für alle öffentlichen Einrichtungen Berlins und Prioritätensetzung der durchzuführenden Sanierungen.
- Übertragung von Haushaltsmitteln analog zu SIWANA.



# Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Auftragsvergabe

*Die Öffentliche Auftragsvergabe könnte viele Berliner Probleme lösen und ein echter Investitions- und Innovationstreiber sein. Doch der Investitionsstau zeigt: Nicht mit diesem Vergaberecht! Hier muss dringend verschlankt und wirtschaftsfreundlich novelliert werden.*



## Wie ist die Lage?

- Der Blick auf die öffentliche Infrastruktur zeigt uns was? Sanierungsstau wohin man schaut: Marode Straßen und Brücken, bröckelnde Fassaden sowie abblätternde Farbe an und in öffentlichen Gebäuden, Sanitäreanlagen in desolatem Zustand.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Geld ist vorhanden - es hapert an der Umsetzung in Aufträge. Die Berliner Wirtschaft zeigt aktuell dem Senat klar die „rote Karte“. Nur wenige Unternehmen beteiligen sich noch an öffentlichen Auftragsvergaben und es werden noch weniger.
- Bislang nutzt der Senat die öffentliche Auftragsvergabe, um die beschäftigungs-, umwelt- und geschlechterpolitischen Vorstellungen der rot-rot-grünen Koalition in die Geschäftsprozesse der Berliner Unternehmen zu tragen.
- Der Senat will jetzt – nach 2 ½ Jahren R2G – Abhilfe schaffen. Die Novellierung des Vergabegesetzes ist in der Pipeline.
  - Ziel laut Koalitionsvertrag: Die Attraktivität der Vergabe soll sich vor allem für KMU erhöhen.
- In diesem Zuge will Rot-Rot-Grün die Qualität öffentlicher Ausschreibungen erhöhen und Verfahren einfacher gestalten. Dies ist dringend notwendig, um das Vergabegesetz attraktiver für die Wirtschaft zu gestalten. Eine schlanke und praxistaugliche Vergabepolitik würde sich einem größeren Teil von Unternehmen öffnen.

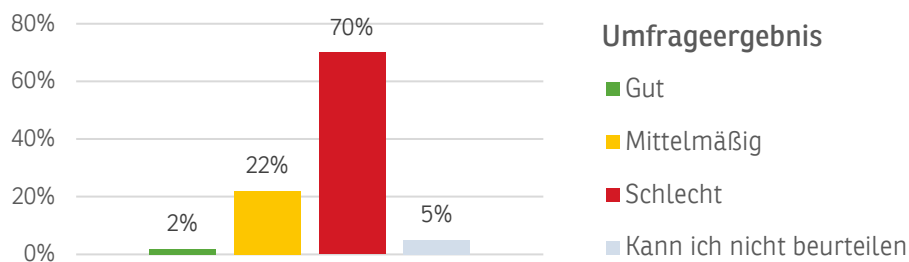
## Was ist jetzt zu tun?

- Konsequente Reduzierung des bürokratischen Aufwands, Verzicht auf vergabefremde Kriterien, Beachtung mittelstandsgerechter Losgrößen, Vereinheitlichung der Vergabebedingungen im Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg.



# Verwaltungsmodernisierung

*Der Leidensdruck beim Verwaltungsthema ist immens. Der Senat ist in der Bringschuld!*



## Wie ist die Lage?

- Die Umfrageergebnisse machen deutlich: Die Berliner Verwaltung ist heute eher ein Standortnachteil.
- Dass wir uns heute immer noch über Probleme dieses Ausmaßes beugen müssen, ist ein Versäumnis gleich mehrerer Landesregierungen. Bei der Problemlösung wurde kostbare Zeit verschenkt.
- Es braucht dringend die Überwindung struktureller Defizite, von Schwächen in den Abläufen und die Bewältigung des Personalproblems der öffentlichen Hand.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Anzuerkennen ist: Die Koalition hat dieses Problem erkannt:
  - In 2018 wurde vom Senat eine Steuerungsgruppe eingesetzt (Leitung: Ex-BA-Chef Heinrich Alt), die wichtige Impulse für die Neuaufstellung der Verwaltung gesetzt hat.
  - Der Zukunftspakt Verwaltung greift die Impulse der Steuerungsgruppe auf. Gemeinsam mit den Bezirken soll er im Mai 2019 verabschiedet werden.
- Aber: Trotz dieser Ansätze ist die Verwaltungsmodernisierung eines der Themenfelder, die die Unternehmen in der Umfrage am schlechtesten bewerteten.
- Es fehlt das Vertrauen, dass die guten Ideen – von denen es auch in der Vergangenheit schon viele gab, meistens dieselben wie heute – auch wirklich in die Umsetzung kommen.

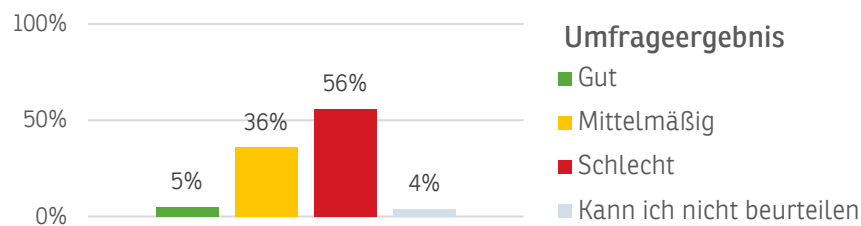
## Was ist jetzt zu tun?

- Einen mutigen „Zukunftspakt Verwaltung“ zwischen Senat und Bezirken schließen und seine Umsetzung anstoßen. Die Verwaltung durch einheitliche Verfahren für die Bearbeitung gleicher Prozesse in der ganzen Stadt, durch robuste Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirken inkl. erforderlicher finanzieller und personeller Ressourcen, durch effiziente Strukturen, eine hohe Arbeitgeberattraktivität und ein kundenfreundliches Bauordnungsrecht fit für die Zukunft machen.



# Führung Berlins in eine digitale Zukunft

*Die „Digitaluhr“ läuft schneller, als der Senat rennen kann. Nicht mal eine Digitalisierungsstrategie ist entwickelt.*



## Wie ist die Lage?

- 80 Prozent der Unternehmer würden eine zentrale Anlaufstelle für Digitalisierungsfragen nutzen (IHK-Digitalisierungsumfrage). Aber es gibt sie bis heute nicht.
- Bei den digitalen Angeboten der Verwaltung sind die Unternehmen das Warten leid! Viel zu wenige der unternehmensrelevanten Dienstleistungen wurden tatsächlich digitalisiert.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Berlin ist eines der letzten verbliebenden Bundesländer ohne Digitalisierungsstrategie. Die Bestandsaufnahme ist gerade erst in Arbeit. Die Gesamtstrategie folgt erst Ende 2020.
- Gemeinsame Arbeitsstrukturen/Verbindlichkeiten in den beteiligten Verwaltungen sind nicht sichergestellt. Die rechte Hand weiß nicht, welche digitalen Projekte die linke Hand plant.
- Bisher beschränkt sich die geplante „Digitalagentur“ des Landes auf die Zustimmung eine landeseigene GmbH gründen zu wollen. Nutzen für Berliner KMU bisher: 0.
- Breitbandausbau: Nach Jahren des Zuschauens nimmt das Land endlich seine Rolle als Koordinator und Mediator ein.
- Einrichtung eines Breitband-Kompetenz-Teams für Berliner Unternehmen. Die Zusammenarbeit mit IHK und einzelnen Unternehmen ist gut angelaufen. Hier heißt es jetzt „am Ball bleiben“!
- Berlin als Modellregion für die neue 5G-Mobilfunkgeneration hat das Potential, einen Startvorteil zu schaffen, bevor die richtige Mobilfunknutzung 2021 beginnt. Damit das gelingt, muss der Senat seine Zusagen bei Flächenbereitstellung und zügigen Genehmigungsverfahren einhalten!

## Was ist jetzt zu tun?

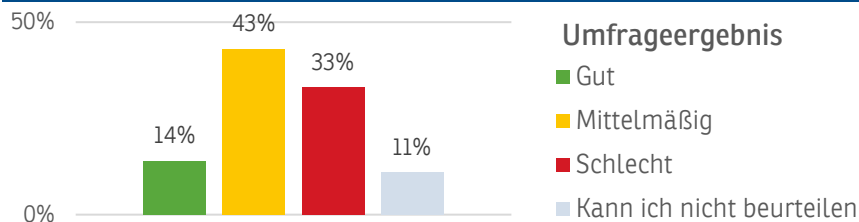
- Der „Koordinator für Digitales“ muss die Arbeit aufnehmen und mit allen beteiligten Verwaltungen Ziele und Fristen festlegen. Digitalisierungsstrategie sowie Start der Digitalagentur müssen folgen.





# Schuldenabbau

*Der Schuldenabbau Berlins ist auf einem guten Weg - solange der Senat auf milliardenschwere Enteignungen oder Rekommunalisierungsabenteuer verzichtet, die nur einigen wenigen zugutekommen.*



## Wie ist die Lage?

- Noch immer sehen wir die Folgen aus der doppelten Haushaltsbelastung des Landes Berlin nach der Wiedervereinigung, der Berliner Bankenkrise und dem sozialen Wohnungsbau in den 90ern.
- Der Schuldenstand des Berliner Kernhaushalts liegt aktuell bei ca. 57,6 Milliarden Euro. Betrachtet man den kompletten öffentlichen Bereich inklusive Extrahaushalte (z.B. Universitäten), Fonds und Landesunternehmen, belaufen sich die Schulden Berlins sogar auf etwa 78 Milliarden Euro.
- Berlin ist größtes Empfängerland des Länderfinanzausgleichs und bezog 2018 4,4 Mrd. Euro.
- Haushaltsüberschüsse wurden konsequent zur Schuldentilgung genutzt, die Schulden von 59,4 Ende 2016 um fast 2 Milliarden Euro auf 57,6 Milliarden Euro Ende 2018 reduziert.
- Von der Berliner Wirtschaft wird dieses Ergebnis honoriert: Von allen zwölf abgefragten Themen wird der Schuldenabbau am positivsten bewertet.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Trotz laufender Erfolgsmeldungen aus der Berliner Haushaltspolitik dürfen wir nicht vergessen, wo Berlin herkommt: Es ist erst sieben Jahre her, dass Berlin jährliche Defizite in Milliardenhöhe erwirtschaftete und sich zu einem ambitionierten Sanierungsprogramm verpflichten musste.
- Die Zinslast hat sich nicht nur durch die niedrigen Zinsen, sondern auch durch den politischen Willen auf Schuldenreduzierung, von 2 im Jahr 2014 auf 1,3 Milliarden Euro im vergangenen Jahr reduziert.
- Aber: Mit teuren Gedankenexperimenten, wie der Vergesellschaftung von mehr als 200.000 Wohnungen für 36 Milliarden Euro, riskiert der Senat seine eigenen Ziele einer nachhaltigen Haushaltspolitik.

## Was ist jetzt zu tun?

- Die positiven Rahmenbedingungen wie niedrige Zinsen und positive Steuereinnahmen müssen genutzt werden, um den Schuldenberg Berlins sukzessive zurückzuführen. Berlin muss einen klugen Weg zwischen Schuldenabbau und Investitionen finden.



# Fachkräfte

*Kitaplatz-Mangel, Azubi-Mangel, Fachkräfte-Mangel - Aber keine Strategie für den Weg aus der Mangel-Wirtschaft.*

	gut	mittelmäßig	schlecht	o. Beurteilung
Bewältigung des wachsenden FK-Bedarfs	2%	28%	62%	8%
Verbesserung der Ausbildungsreife	2%	25%	63%	11%
Attraktivitätssteigerung f. Duale Ausbildung	4%	38%	34%	23%

## Wie ist die Lage?

- Für 70 Prozent der Betriebe ist Fachkräftemangel das größte wirtschaftliche Risiko: 2018 fehlten in Berlin rd. 120.000 Fachkräfte, bis 2030 können es fast doppelt so viele werden.
- Die Arbeitslosenquote ist in den letzten Jahren deutlich gesunken, Berlin gehört aber nach wie vor zu der unrühmlichen Gruppe von Ländern, die diese Statistik anführen.
- Ähnlich sieht es bei den Schulen aus: 13 Prozent der Abgänger der Integrierten Sekundarschulen haben 2018 keinen Schulabschluss erreicht – der höchste Wert seit Einführung dieser Schulform.
- Die Berliner Unternehmen finden immer seltener Azubis: Seit Koalitionsbeginn ist die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze um 41 Prozent gestiegen.
- Viele Eltern können nicht rechtzeitig in den Beruf zurückkehren, weil sie keine Kita-Plätze finden. Das bedeutet für die Berliner Unternehmen fehlende Fachkräfte an ihrem Arbeitsplatz.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Der Senat kann keine Voraussetzungen für die dringend benötigten Fachkräfte schaffen, etwa durch ausreichende Kita-Plätze und mehr Qualität in der Bildung.
- Der Ausbau an Kitas hält nicht Schritt mit dem Bedarf der wachsenden Stadt.
- Im Bereich Schule werden durch Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität von Senatorin Scheeres die Kernkompetenzen in Deutsch und Mathematik fokussiert, das ist gut und richtig.
- Das Solidarische Grundeinkommen adressiert beim Übergang in Hartz IV die falsche Zielgruppe. Das SGE droht dem ersten Arbeitsmarkt potentielle Arbeitskräfte zu entziehen und den Fachkräftemangel damit künftig noch zu verschärfen.

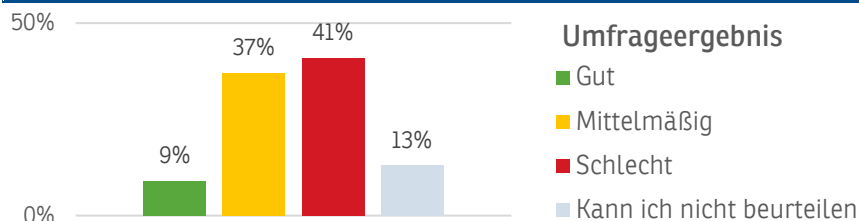
## Was ist jetzt zu tun?

- Kitaplatz-Angebot zügig ausbauen.
- Lern- und Lehrbedingungen in der integrierten Sekundarschule deutlich verbessern.
- Professionelle Imagekampagne für Duale Ausbildung sofort auf den Weg bringen.
- In der praktischen Umsetzung des Solidarischen Grundeinkommens Wettbewerbsverzerrungen vermeiden und Verdrängung regulärer Beschäftigung verhindern.



# Fortschritte bei der Energiewende

*Ziele der Energiewende sind formuliert, bei der Umsetzung geht es nicht voran.*



## Wie ist die Lage?

- Berlin will bis 2050 klimaneutral werden (Senkung CO<sub>2</sub>-Emissionen um mind. 85 Prozent verglichen mit 1990).
- Erreicht wurden bisher rund 31 Prozent (Stand 2016). Das meiste geht auf Sondereffekte durch Deindustrialisierung und energetischer Modernisierung großer Gebäudebestände zurück. In den letzten Jahren wurden keine signifikanten Emissionsenkungen erreicht.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Nach langem Anlauf gelang es 2018, das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) als Konkretisierung des Energiewendegesetzes zu verabschieden. Im August 2018 folgte ein Umsetzungskonzept bis 2021.
- Für die Umsetzung des BEK wurden 94 Mio. Euro (bis 2021) aus Haushaltsmitteln und SIWANA-Vermögen bereitgestellt, die auch jahrgangsübergreifend verausgabt werden dürfen.
- Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen kommt jedoch nicht in Gang: Bisher wurden weniger als 5% der Mittel ausgegeben.
- Die bisherigen verwaltungsinternen Strukturen sind für die BEK-Umsetzung ungeeignet. Beispiel: Der Senat hat seine Schulbauoffensive komplett ohne Solaranlagen geplant! Das widerspricht eklatant den selbst gesetzten Klimaschutzziele und verstößt sogar gegen das eigene Klimaschutzgesetz (u.a. §16 Nutzungspflicht Erneuerbarer Energien auf öffentlichen Gebäuden).
- Die angestrebte Rekommunalisierung von Gas- und Stromnetz ohne klimapolitischen Mehrwert führt zu jahrelangen gerichtlichen Verfahren. Innovationen in den Netzen werden dadurch eher blockiert als beschleunigt.

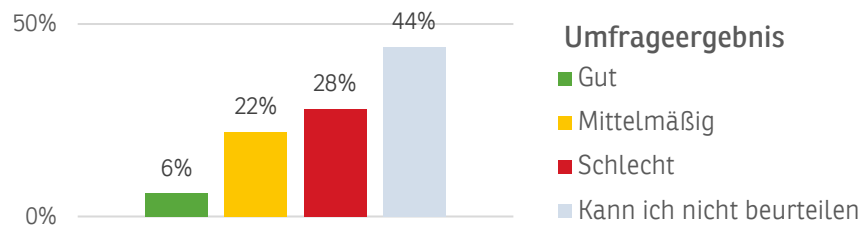
## Was ist jetzt zu tun?

- Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude unter Bestandsaufnahme des aktuellen Sanierungsrückstands, Berechnung der Amortisation entsprechender Maßnahmen und Festlegung von Prioritäten. Wo wirtschaftlich umsetzbar, sollten bei Schulneubau und -sanierungen PV-Anlagen errichtet werden.
- Informationsoffensive zur energetischen Gebäudesanierung. Das Bauinformationszentrum für sanierungswillige Bauherren (Maßnahme aus dem BEK) endlich umsetzen.



# Unterstützung des internationalen Geschäfts

*"Made in Berlin" bleibt nicht von allein eine Weltmarke. Der Standort braucht aktive Vermarktung und rote Teppiche für interessierte Unternehmen.*



## Wie ist die Lage?

- Auch für seine Außenwirtschaftspolitik stellen die Berliner Unternehmen dem Senat ein eher unbefriedigendes Zeugnis aus.
- Dessen ungeachtet... ist „Made in Berlin“ weltweit auf den Einkaufslisten: Das Auslandsgeschäft ist ein wichtiger Motor der Berliner Wirtschaft. Dank ihrer Innovationskraft hat die Berliner Industrie 2018 59,3 % ihrer Umsätze im Ausland erwirtschaftet.
- ... hat Berlin als Weltmarke Bestand: Noch ist Berlin attraktiv für ausländische Investoren, besonders wegen seiner vielfältigen und leistungsfähigen Innovations- und Startup-Community. Doch es fehlt der „rote Teppich“ zur Anwerbung neuer Investoren.

## Wie ist die Bilanz der Politik von R2G?

- Bislang hat der Senat es nur partiell geschafft, seine 2017 beschlossene Internationalisierungsstrategie – mit der richtigen Konzentration auf Zielmärkte – zu den Berliner Unternehmen zu transportieren und ihnen effektiv Türen in die Märkte zu öffnen.
- Es fehlen konkrete Projekte, die die Vorteile der Zielmärkte zu den Berliner Unternehmen bringen. Nach zweijähriger Anlaufzeit wird das Konzept nun systematisch überprüft.
- Die Eröffnung von Wirtschaftsrepräsentanzen in den Zielmärkten zur Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen kommt nur schleppend voran. Es gibt es erst eine einzige Repräsentanz auf neuer konzeptioneller Grundlage – in China (seit April 2018).
- Eine Vorbereitung von Maßnahmen des Senats zur Unterstützung der Berliner Unternehmen bei der Bewältigung des – wie auch immer gearteten – Brexit lässt auf sich warten.

## Was ist jetzt zu tun?

- Imagekampagne für Berliner Internationalisierungsstrategie starten.
- Mehr konkrete Projekte für die Umsetzung der Internationalisierungsstrategie auf den Weg bringen und Türöffnerfunktion des Senats für internationale Geschäfte ausbauen.
- Eröffnung von Wirtschaftsrepräsentanzen vorantreiben.